ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Clement, Hermann

Article — Digitized Version

Nachwehen der Rohstoffkrise

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Clement, Hermann (1976) : Nachwehen der Rohstoffkrise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 8, pp. 418-421

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134983

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Nachwehen der Rohstoffkrise

Hermann Clement, Hamburg

Vom 7. bis 9. Juli versammelten sich die Regierungsspitzen der osteuropäischen Staaten zur 30. Ratstagung des RGW in Ost-Berlin. Da gleichzeitig fünf Jahre seit Verabschiedung des Komplexprogramms — das die Marschroute für die Integrationsbemühungen in den 70er und 80er Jahren festlegte — vergangen sind, trug die Versammlung den Charakter einer Jubiläumstagung. Besteht aber in der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft Anlaß zum Feiern? Kommt sie besser voran als die EG?

Im Wachstumsvergleich mit dem Westen schneiden die Volkswirtschaften des RGW in den letzten fünf Jahren gut ab. Das Nationaleinkommen ist im Durchschnitt um 36 % gestiegen, während in den westlichen Industrieländern die Steigerung nur 14 % und in der EG nur 12 % betrug [1]). Der Niveauunterschied und die methodischen Probleme verzerren zwar z. T. die Vergleichsgrößen, dürften aber an der grundsätzlich günstigeren Entwicklung der RGW-Volkswirtschaften gegenüber den rezessionsgeplagten EG- und OECD-Ländern in dieser Periode nichts ändern. Das darf jedoch nicht zu dem Fehlschluß verleiten, die Ölkrise und die Rezession in den westlichen Industriestaaten wären ohne Auswirkungen auf die RGW-Staaten und ihre Integrationsbemühungen geblieben. Bereits vorhandene Probleme wurden dadurch verschärft; neue traten hinzu.

Besonders ungünstig wirkte sich für die RGW-Staaten aus, daß die Krise zu einer Zeit eintrat, als sie sich entschieden, die internen Wachstumsprobleme durch einen stärkeren Handel mit den westlichen Volkswirtschaften zu mildern. 1974 wurde bereits ein Drittel des RGW-Außenhandels mit den westlichen Industriestaaten abgewickelt, während es 1970 noch nicht einmal ein Viertel war (vgl. Tabelle). Gleichzeitig entstanden hohe Defizite, da die Exporte mit den Importen nicht Schritt halten konnten. Ende 1975 wurde die Verschuldung der RGW-Staaten bei den westlichen Industriestaaten auf 30 bis 35 Mrd. US-$ geschätzt, wobei ein großer Teil — nicht nur durch das westliche Konjunkturtief bedingt — besonders in den letzten beiden Jahren entstand. Die Intrablockhandelsquote ging damit entsprechend zurück. Sie liegt aber immer noch über der der EG.

Divergierende Interessen

Große Unterschiede im Entwicklungsniveau, das Ungleichgewicht im ökonomischen Potential der Partner — die Sowjetunion vereinigt nahezu zwei Drittel des gesamten Nationalprodukts des RGW auf sich — sowie die unterschiedlichen Außenhandelspositionen führen im RGW zu stark divergierenden Interessen der einzelnen RGW-Staaten mit entsprechenden integrationshemmenden Wirkungen. Daher gelang es bisher nicht, das umfassende Integrationsziel, die allmähliche Verflechtung der Volkswirtschaften „zu einem einheitlichen Ganzen" [2]), operabel zu erfassen. Es mußten Kompromisse auf einem niedrigeren Niveau gefunden werden. Ebenso mußten die Integrationsmethoden den divergierenden Interessen angepaßt werden: Anstatt einer gemeinsamen Planung ist nur eine Plankoordinierung möglich. Anstatt eines eigenen Preisbildungssystems muß man bei der Preisbildung auf die kapitalistischen Weltmarktpreise als Basis zurückgreifen. Anstatt

Entwicklung des RGW-Handels
(in Transferrubel)

	1970 [1])	1974		1975		
	Mrd. TRbl	Mrd. TRbl	% [2])	Mrd. TRbl	% [2])	% [3])
a Gesamthandel	55,1	103,3	27,1	126,0	22	128,7
b davon Intra-RGW	33,3	54,5	14,5	70,9	30	112,9
c Handel mit westl. Industriestaaten	13,0	33,8	45,7	38,0	12,5	192,3
b an a in %	60,4	52,8	—	56,3	—	—
c an a in %	23,6	32,7	—	30,2	—	—

[1]) ohne Kuba und Mongolei. [2]) Zuwachs gegenüber dem Vorjahr. [3]) Zuwachs gegenüber 1970.

Quelle: SEV. Sekretariat, Statističeskij ežegodnik stran — členov SEV, Moskva, entsprechende Jahrgänge; Ekonomičeskaja gazeta, Nr. 17 vom 19. 4. 1976; W. Moissejenko: Der Handel zwischen den RGW-Ländern auf neuer Stufe, in: Außenhandel UdSSR, o. Jg. (1976), H. 7, S. 25; eigene Berechnungen.

[1]) Izvestija, Nr. 163 vom 10. 7. 1976.

[2]) W. Kunze, K. H. Siemerling: Sozialistische Ökonomische Integration und Leitung, in: Einheit, 29. Jg. (1974), S. 286.

Dr. Hermann Clement, 36, Dipl.-Volkswirt, ist Referent der Abteilung Wirtschaftsordnung und Wirtschaftssysteme des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

eines funktionierenden Kapitalmarktes muß man mit der beschränkten Funktion von Investitionsbeteiligungen bei gemeinsam interessierenden Projekten vorliebnehmen.

Durch die damit gegebene direkte (Handel, Verschuldung) und indirekte Abhängigkeit (Preissystem, Terms of Trade) des RGW vom Weltmarkt hat die Weltwirtschaftskrise die Integrationsprobleme im RGW verschärft und verlagert.

Die zentralen Fragen, die sich derzeit für die osteuropäischen RGW-Länder und im Hinblick auf ihre Integrationsbemühungen stellen, sind:

☐ Wie werden sie mit der Lösung der Rohstoffversorgung der Volkswirtschaften fertig?

☐ Wie sind die Rückwirkungen der Veränderungen der Preisrelationen auf den westlichen Märkten in den Griff zu bekommen?

☐ Welche Folgen sind aus der hohen Westverschuldung zu erwarten; und wie kann darauf reagiert werden?

Rohstoffversorgung

Der RGW ist in der Rohstoffversorgung weitgehend autark [3]); z. T. bestehen Exportüberschüsse. In letzter Zeit mußten aber auch einige Rohstoffe in verstärktem Umfang von den kapitalistischen Ländern bezogen werden [4]). Da jedoch die Rohstofflagerstätten und das Rohstoffaufkommen äußerst ungleich verteilt sind und der Kapitalaufwand für die rohstoffliefernden Staaten sehr hoch ist, mußte ein Interessenausgleich bei der gegenseitigen Rohstoffversorgung gefunden werden. Daher wurde zum ersten Mal mit der Planabstimmung für den Zeitraum 1976–1980, die über die reine Abstimmung der Außenhandelsströme hinausgeht, für einige Bereiche ein Kapazitätsentwicklungsplan erstellt. Dieser „abgestimmte Plan für mehrseitige Integrationsmaßnahmen im Zeitraum 1976 bis 1980" wurde auf der 29. Tagung des RGW angenommen und sieht in seinem ersten Teil die gemeinsame Errichtung großer Industrieobjekte in einem Gesamtvolumen von 9 Mrd. transferablen Rubeln vor [5]). Es handelt sich dabei mit Ausnahme einer Nickelmine in Kuba ausschließlich um Projekte für die Erschließung und den Transport von Rohstoffen in oder aus der Sowjetunion, und zwar um:

☐ ein Hüttenwerk bei Kursk,

☐ ein Zellstoffkombinat bei Ust-Ilim (Sibirien),

☐ ein Asbestkombinat bei Kijembai (Ural),

☐ eine Erdgasleitung von Orenburg zur Westgrenze der UdSSR,

☐ eine Elektrizitätsleitung (750 kV) zwischen der UdSSR und Ungarn als Beginn des Aufbaus des Hauptspannungsnetzes im RGW-Energieverbund.

Mit Ausnahme der CSSR, die sich am Zellstoffkombinat nicht beteiligt, sind alle osteuropäischen Staaten den einzelnen Projekten angeschlossen. Sie stellen die Fortsetzung und Ausweitung der bereits früher praktizierten Investitionsbeteiligungen in Form von kreditierten Investitionsgüterlieferungen, die mit Produkten der entsprechenden Werke zurückbezahlt werden, dar. Die Betriebe befinden sich aber voll im Eigentum der Sowjetunion. Neben den internationalen Wirtschaftsorganisationen des RGW stellen diese Beteiligungen heute wesentliche Elemente der Integrationsmaßnahmen dar [6]). Gemessen an ihrer Produktionsleistung sind sie bisher aber noch relativ unbedeutend.

Der Kapitaltransfer über gemeinsame Investitionsprojekte ist zwar für den Rohstoffbereich interessant, muß aber in der verarbeitenden Industrie weitgehend an der nur schwer zu erreichenden Interessenharmonie scheitern. Um trotzdem eine gewisse Kapitalmobilität innerhalb des RGW zu erreichen, wurde 1970 die Internationale Investitionsbank (IIB) als gemeinsames Institut gegründet, die Kredite für nationale Projekte vergibt, die im Rahmen der Produktionsspezialisierungen im RGW von Bedeutung sind. Bei den obengenannten Gemeinschaftsprojekten ist die IIB u. a. auch bei der Beschaffung von Devisenkrediten (Eurodollaranleihen) zur Finanzierung notwendiger Westimporte eingeschaltet.

Zu einem funktionsfähigen Kapitalmarkt kam es bisher jedoch nicht. Die praktizierten Methoden tragen in ihrem Kern alle noch stark bilateralen Charakter. Sie bleiben daher weit unter der Effizienz, die bei einer echten Multilateralität erreichbar wäre. Die von Baibakow geforderte Vereinigung der materiellen und finanziellen Ressourcen sowie des Arbeitskräftepotentials zur Lösung vor allem des Energie- und Rohstoffproblems [7]) hat damit keine optimale Ausgestaltung gefunden. Auch die 30. Ratstagung hat dafür keine neue Entwicklung aufgezeigt. Man will an dieser Form der Zusammenarbeit festhalten. Sie soll jedoch in einen Entwicklungsplan eingebettet werden, für den bis 1977 der Ratstagung Vorschläge vorzulegen sind.

---

3) Bei Steinkohle, Koks, elektrischer Energie, Rohöl, Benzin, Dieselöl, Buntmetallen, Aluminium, Roheisen, Walzwaren 95 bis 100 %, bei Eisenerz, Magnesium, Kupfer, Holz und Zellstoff 80 bis 90 %, vgl. u. a. A. Inotai: Neue Hauptaufgaben der Sozialistischen Integration, in: Österreichische Osthefte, 18. Jg. (1976), H. 2.

4) G. Lázár: Komplexprogramm: eine sichere Grundlage wirtschaftlicher Zusammenarbeit, in: Budapester Rundschau, X. Jg. (1976), Nr. 29 vom 19. Juli 1976.

5) Vgl. Neues Deutschland, Nr. 160 vom 7. 7. 1976.

6) Die Form der gemeinsamen Unternehmen scheiterte bisher weitgehend an den unterschiedlichen Planungs- und Leitungsstrukturen der einzelnen Staaten. Es sind nur äußerst wenige Beispiele bekannt.

7) Vgl. N. Baibakow, Vorsitzender des GOSPLAN SSSR: Koordinierung der Pläne für längere Perspektive, in: Neues Deutschland, Nr. 161 vom 8. 7. 1976.

Der aus diesem Kapitaltransfer für die Sowjetunion erwachsende Vorteil hat in den letzten Jahren sein Äquivalent in den relativen Preis- und Zahlungsbilanzvorteilen für die kreditgebenden Länder gefunden, obwohl sich auch hier die Relationen für die rohstoffabhängigen Staaten verschlechterten. Dies gilt auch, obwohl nicht bekannt ist, ob und in welcher Höhe die Sowjetunion Zinsen bezahlt oder ob für die Waren aus den Projekten mit Kapitalbeteiligung Preisnachlässe gewährt werden [8]).

Übernahme von Weltmarktpreisen

Die aufgrund der unterschiedlichen nationalen Preis- und Kostenstrukturen bisher nicht mögliche interne Preisbildung des RGW führte zur Übernahme der bereinigten Weltmarktpreise für den RGW-Intrablockhandel. In der bis dahin praktizierten Form war diese Preisbildung nach der Rohstoffpreisexplosion aber nicht mehr haltbar. Die noch bis einschließlich 1975 vereinbarten Festpreise auf der Basis der Weltmarktpreise von 1966 bis 1970 verletzten das Interesse der Rohstofflieferanten eklatant. Bereits für 1975 mußte daher eine Preisrevision auf der Basis der Weltmarktpreise für 1972 bis 1974 vorgenommen werden. Für 1976 gilt die Preisbasis der letzten vier und ab 1977 die der letzten fünf Jahre, bei jährlicher Preisrevision.

Zwar wurden dadurch nicht nur die Rohstoffpreise angehoben, sondern auch die Preise für Fertigwaren. Für die rohstoffarmen Länder ergab sich aber dennoch eine enorme Verschlechterung ihrer Terms of Trade und eine hohe Belastung für ihre Volkswirtschaft. So wird von Ungarn angegeben, daß sich die Terms of Trade im RGW-Handel von 1972 bis 1975 aufgrund der neuen Preise um 8 % verschlechterten [9]). Ähnlich liegen die Probleme in den anderen rohstoffarmen Staaten. Der Preis für sowjetisches Rohöl erhöhte sich z. B. für die DDR von 18 Rbl/t auf 35 Rbl/t 1975 [10]). Trotz der gleichzeitigen Anhebung der Fertigwarenpreise verschlechterten sich die Terms of Trade der DDR durch die Rohstoffpreissteigerungen erheblich. Nach der sowjetischen Außenhandelsstatistik mußte die DDR allein für die nur geringfügig gestiegenen Erdöl- und Erdölproduktimporte aus der Sowjetunion statt 270,7 Mill. Rbl 1974 421,4 Mill. Rbl 1975 bezahlen. Auch bei Kohle, Koks und Eisenerz wurden ähnlich hohe Preissteigerungen in der sowjetischen Statistik gegenüber der DDR ausgewiesen [11]).

Die Finanzierung der Kohle- und Erdöllieferungen beanspruchte daher 1975 allein 22,5 % der DDR-Lieferungen in die UdSSR gegenüber 16,5 % 1974. Aufgrund des neuen Preismechanismus ist für dieses und nächstes Jahr mit weiteren Belastungen für die rohstoffarmen Staaten des RGW durch die Rohstoffimporte aus der UdSSR zu rechnen. Finanziell ist demnach die Sowjetunion der Hauptnutznießer der veränderten Preisrelationen. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß sie sich im Protokoll der 30. Ratstagung bestätigen ließ, daß das gegenwärtige Preisbildungssystem trotz anzustrebender Verbesserungen insgesamt als den Interessen aller Partner gerecht werdend anzusehen sei.

Auswirkungen auf den Lebensstandard

Die stark gestiegenen Rohstoffpreise konnten nicht ohne Auswirkung auf die nationalen Preisstrukturen und den Lebensstandard in den einzelnen Ländern bleiben [12]). Bereits erfolgte oder angekündigte Preiserhöhungen bzw. die massive Erhöhung der ohnehin meist schon erheblichen Subventionen zur Aufrechterhaltung der Konsumgüterpreise sind die Konsequenzen. Zudem entstehen durch die jährliche Preisrevision erhebliche Planungsprobleme. Dies um so mehr, als man der Fünfjahrplanung nun eine wesentlich höhere Verbindlichkeit in den osteuropäischen Staaten einräumt als der Jahrplanung. Andererseits wird darin aber auch eine vorteilhafte Stimulierung für eine schnellere Anpassung an moderne Produktionsstrukturen gesehen. Die gesicherte Rohstoffversorgung zu günstigen Preisen hatte nämlich in den RGW-Staaten zu einer energieintensiven Produktionsstruktur geführt [13]).

Die hohe Rohstoffeigenversorgung im RGW, die vor allem durch die UdSSR gewährleistet wird, hat aber auch für die rohstoffarmen Staaten erhebliche Vorteile gegenüber einer Versorgung über den Weltmarkt: Die Sowjetunion hat sich erneut bis 1980 verpflichtet, die anderen Staaten weitgehend mit den erforderlichen Rohstoffen zu versorgen. Sie wird den übrigen Staaten von 1976 bis 1980 etwa 400 Mill. t Erdöl und Erdölprodukte, 100 Mrd. cbm Erdgas, 113 Mill. t Eisenerz, 29 Mill. t Schwarzblech und 7 Mill. t Zement liefern [14]). Dies

---

8) Eine Anmerkung bei A. Inotai, a. a. O., läßt dies aber vermuten.

9) Gegenüber den kapitalistischen Staaten sollen es aber 23 % gewesen sein, vgl. G. Lázár, a. a. O.

10) Nach: Deutsche Außenpolitik (Nr. 4/1976). Hier zitiert nach: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Informationen, 1976, H. 10, S. 8. Nach der sowjetischen Außenhandelsstatistik waren es 1975 jedoch nur 28,18 Rbl/t.

11)

	1974	1975
Steinkohle	14,1 Rbl/t	30,8 Rbl/t
Anthrazit	19,7 Rbl/t	37,7 Rbl/t
Koks	24,4 Rbl/t	47,9 Rbl/t

MVT SSSR, Vnešnjaja torgovlja SSSR v 1975 g., Moskva 1976, S. 143; eigene Berechnung.

12) Die Veränderung der TOT soll z. B. bei Ungarn 1975 ein Drittel des Nationaleinkommenszuwachses absorbiert haben, vgl. J. Bethkenhagen, H. Machowski: Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, 2. erw. Auflage, Berlin 1976, S. 51.

13) Nach ungarischen Angaben ist der Energieverbrauch im RGW pro Einheit des Nationaleinkommens um 70–80 % höher als in den westlichen Industriestaaten, vgl. The Journal of Commerce, Nr. 23313 vom 29. 10. 1974.

14) Vgl. Handelsblatt, Nr. 122 vom 8. 7. 1976.

bedeutet, daß die osteuropäischen RGW-Länder in ihrer Planung für die nächsten fünf Jahre von einer stabilen Grundversorgung im Energie- und Rohstoffbereich ausgehen können.

Durch den verzögerten Preisanpassungsmechanismus entstand für die rohstoffarmen Staaten eine Anpassungszeit an das derzeitige Weltmarktniveau bis etwa 1979 mit den entsprechenden Preisvorteilen [15]). Das Beispiel der Erdöl- und Erdölproduktversorgung der DDR macht dies deutlich. Hätte die DDR z. B. 1975 statt der von der sowjetischen Außenhandelsstatistik ausgewiesenen 28,18 Rbl/t die auf dem Weltmarkt gültigen 65 Rbl/t [16]) bezahlen müssen, so hätte das einen Mehraufwand von 550 Mill. Rbl oder den Gegenwert von 18,5 % ihrer Gesamtexporte in die UdSSR, ihren größten Handelspartner, bedeutet.

Auch wenn die osteuropäischen Staaten für ihre Beteiligung an den Rohstoff-Erschließungsprojekten keine volle Vergütung erhalten sollten, ist ihr Nutzen aus der Rohstoff-Kooperation im RGW in der gegenwärtigen Situation insgesamt sicher erheblich. Die Auswirkungen der neuen Preisrelationen auf die Entwicklung des Lebensstandards sind aber trotzdem unübersehbar und dort, wo sie mit bereits längerfristig versäumten Anpassungen der Preisstrukturen zusammenfallen, auch nicht ohne innenpolitisch explosiven Charakter, wie das Beispiel Polen zeigt. Ohne die dämpfende Wirkung des RGW-Preismechanismus wären die Folgen der Rohstoffpreisexplosion aber noch gravierender und würden zudem größere zahlungsbilanztechnische Probleme aufwerfen.

Der Zahlungsbilanzausgleich konnte für die rohstoffabhängigen Staaten im RGW ebenfalls leichter gelöst werden. Die Sowjetunion mit ihrem enormen Bedarf an Investitions- und industriellen Verbrauchsgütern stellt einen aufnahmefähigen Markt für die industriellen Güter der rohstoffabhängigen Staaten dar, dem sie auch qualitativ voll gewachsen sind. (Auf den westlichen Märkten wären sie gleichzeitig in Absatzschwierigkeiten geraten.) Die Beschränkung liegt nicht in der Absatzmöglichkeit für die Produkte der rohstoffarmen Staaten, sondern in ihrer Angebotsfähigkeit. Es entstehen daher Zahlungsbilanzlücken, die die osteuropäischen Staaten kurzfristig nicht in der Lage sind, durch erhöhte Warenlieferungen auszugleichen. Diese hat sich aber die Sowjetunion bereit erklärt, mit Krediten zu relativ günstigen Konditionen zu schließen. Das Recycling ist demnach ein weit geringeres Problem gewesen, als es sich für die ökonomisch nicht so starken westlichen Industriestaaten darstellte.

[15]) Die vereinbarte Zahlung überplanmäßiger Lieferungen in frei konvertierbaren Währungen ändert daran nichts.

[16]) Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, a. a. O., S. 8.

Die Preisbewegungen und die enorme Steigerung der Westimporte führten zu einer Verschuldung der osteuropäischen Staaten im Westen, die zuletzt auf 32 Mrd. US-$ geschätzt wurde. Allein gegenüber der Bundesrepublik beträgt die Verschuldung nach den neuesten Angaben der Bundesbank 20 Mrd. DM. Während die Sowjetunion als größter Schuldner aufgrund ihres Rohstoffexports und der eigenen Goldproduktion immer noch als verschuldungsfähig betrachtet wird, sind die übrigen osteuropäischen Staaten, mit Ausnahme der CSSR, die am wenigsten verschuldet ist, zum Teil schon gezwungen gewesen, ihre Importzuwächse aus dem Westen zu drosseln bzw. die Importe sogar zu senken. Die anlaufende westliche Konjunktur wird ihnen zwar, sofern ihr Angebot ausreicht, wieder größere Absatzchancen ermöglichen, trotzdem werden sie in den nächsten Jahren ihre Westimporte wesentlich vorsichtiger disponieren müssen. Dies wird nicht ohne Auswirkungen auf die Investitionspolitik, das Wachstum und die Steigerung des Lebensstandards sein.

Daher ist ein stärkerer Druck auf die Beseitigung von Versorgungsengpässen und die Realisierung von Produktionsvorteilen innerhalb der RGW-Integration zu erwarten. Das von der 30. Jahrestagung zur Ausarbeitung aufgegebene 10- bis 15-Jahresprogramm zur Zusammenarbeit in der materiellen Produktion kann als Reaktion auf diese Entwicklung gesehen werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Neben der Rohstoffversorgung und dem Verkehrswesen sollen folgende Bereiche in ihrer Entwicklung energisch vorangetrieben werden:

- ☐ der Maschinenbau durch eine verstärkte Spezialisierung und Kooperation bei effizienten Maschinentypen und -linien,
- ☐ die Nahrungsmittelproduktion einschließlich der landwirtschaftlichen Produktion,
- ☐ die Zusammenarbeit bei der Produktion von industriellen Gebrauchsgütern.

Vor allem die letzten beiden Gebiete zeigen, daß man durch die neue Situation gezwungen ist, die Steigerung des Lebensstandards wieder verstärkt mit eigenen Mitteln, ohne einen noch stärkeren Rückgriff auf den Weltmarkt und Westkredite voranzutreiben.

Die Interessengegensätze im RGW und die abzutragenden Hypotheken aus der veränderten Außenwirtschaftssituation innerhalb des RGW und gegenüber den westlichen Staaten werden jedoch die Erfolge bei den angestrebten Maßnahmen beschränken. Sinkende Wachstumsraten und eine nur langsame Steigerung des Lebensstandards werden die Folgen dieser Entwicklung sein.